

Teure Flaschenpost für den Lebensmittelhandel

Massensteuer oder Ökobonus: Industrie, Umweltperten und Handel streiten über einen neuen Strafzuschlag auf Wegwerfflaschen. Von wachsenden Müllbergen, teuren Getränken und bequemem Konsumenten.

Verena Kainrath

Wien – Rund um die Plastikflasche entbrennt ein Streit, der sich über alle Wirtschaftssparten ausdehnt. Druck von den Grünen kommt bereits länger. In der Landesumweltreferentenkonferenz wurden jetzt dementsprechende Pläne ausgearbeitet: Der Handel soll für den Verkauf von Einwegverpackungen finanziell mit Boni belohnt werden, bei zu viel Mehrweg gibt es Strafen von 20 Cent je Flasche. Als geforderter Richtwert ab dem Jahr 2012 gilt ein Mehrweganteil von

30 Prozent. Bis 2018 soll er auf 50 Prozent steigen, während die Boni zugleich schrittweise sinken.

Das Konzept der Arbeitsgruppe, in der auch Vertreter des Umweltministeriums sitzen, sorgt für Beifall bei Arbeiterkammer, Abfallxperten der Wiener Wirtschaftsuni und Umweltorganisationen – aus den Reihen des Lebensmittelhandels, der Industrie und Entsorger kommt eine Welle der Empörung. Das Umweltministerium geht nun in Deckung: Man beziehe alle Betroffenen ein und diskutiere auch Alternativmodelle, heißt es dort.

„Eine Schande“

In den Regalen des Handels seien nur noch 20 Prozent aller Getränke in Mehrweggebinden, vor zwanzig Jahren waren es mehr als 90 Prozent, zitiert Wolfgang Pirkhuber von den Grünen aus Studien. Das sei für das Umweltministerium Österreich eine Schande. Die SP-Umweltsprecherin Petra Bayr sieht raschen Handlungsbedarf.

Das ganze laufe auf eine klassische Massensteuer hinaus, die in

erster Linie Konsumenten belastet, poltern Vertreter der Wirtschaftskammer – und haben auch gleich passende Zahlen parat: Bis zu 670 Millionen Euro im Jahr würde die Steuer den Österreichern letztlich kosten. Ein Erfrischungsgetränk etwa, das derzeit noch um 99 Cent zu haben sei, verteuere sich damit um ein Viertel auf 1,23 Cent.

Beim Uniprofessor Gerhard Vogel vom Institut für nachhaltiges Produktmanagement löst das nur Kopfschütteln aus: Diese Berechnung sei eine Verhöhnung, da sie die Boni-Zahlungen ignoriere.

Werner Knausz, Chef der Abfall Recycling Austria, wiederum hält das Modell für einen Kopschuss, der ökologisch nicht begründbar sei, wie er dem STANDARD sagt. „Österreich hat kein Abfallproblem.“ 78 Prozent der Kunststoffflaschen würden recycelt, es seien ein Viertel weniger im Müll als 1993. Im übrigen beriefen sich viele Gegner der Einwegflasche auf längst veraltete Daten. „Es hat sich seither technologisch viel getan.“

„Entsorger verdienen gut“

Ara verdiene an Einweg hervorragend, entgegnet Vogel. Tatsache sei, dass damit Müllberge um 60 Prozent gestiegen seien. Der Energiebedarf für die Herstellung neuer Flaschen sei höher als die Reinigung alter, für die es nur je 0,6 Liter Frischwasser brauche.

Dass die gesammelten Einwegflaschen dank der Verarbeitung zu neuen so gut wie Mehrweg sei, ließe sich klar widerlegen. Ihre Oberfläche werde chemisch abrasiert. Da altes Material neues verfärbt, dürfe es maximal die Hälfte einer neuen Plastikflasche ausmachen und das nur, wenn etwa „Vöslauer wieder zu Vöslauer wird“. Ansonsten stelle der Anteil der wiederverwerteten Granulate lediglich 20 bis 30 Prozent.

Vogel sieht den Druck der Handelsketten Spar und Rewe für den Einbruch der Pfandflaschen verantwortlich. Zumal sie Diskonter Hofer bei den Kosten um nichts nachstehen wollten. Diesen wür-



Umstrittener Griff zur Plastikflasche: In Österreich wird vieles recycelt, vieles aber auch schönegeredet.

Foto: ...

Strabag: Deripaska unter Zeitdruck

Fristverlängerung für Wiedereinstieg ins Gespräch

Wien/Moskau – Der russische Investor Oleg Deripaska spielt bei seinem Strabag-Engagement angeblich auf Zeit. Der Oligarch habe nun eine weitere Fristerstreckung um einen Monat erbeten, um eine Zahlung mit Vermögenswerten anstelle von Cash zu erwirken, berichtet die Moskauer Zeitung *Kommersant* unter Berufung auf Verhandlungskreise. Eine weitere Quelle habe dies bestätigt.

„Den aktuellen Verhandlungsstand kann ich nicht kommentieren – was ich sagen kann ist: Wir sind nach wie vor daran interessiert, wieder einer der Kernaktionäre der Strabag zu werden“, sagte der Sprecher des Deripaska-Fir-

menimperiums Basic Element, Sergej Babichenko, am Mittwoch.

Am Freitag läuft die Frist für die 25-Prozent-Option des russischen Investors auf den börsennotierten Baukonzern ab. Seit Monaten halten sich Gerüchte, dass Deripaska den Strabag-Kernaktionären Gegenbeteiligungen an seinen Firmen anbietet, um die fast 550 Mio. Euro schwere Option nicht mit Bargeld abgelden zu müssen.

„Das fällt unter Gerüchte und Szenarien – dazu kann ich mich nicht äußern“, sagte Strabag-Sprecherin Diana Klein. „Es ist alles möglich.“ Die Verhandlungen der Kernaktionäre liefen unter Hochdruck. (APA, Reuters)

de der Ökobonus, führe er keine Rücknahme ein, empfindlich treffen. Generell vermisst er im Handel zu dem Thema eine vernünftige Konsumenteninformation.

Es sei zu spät für ordnungspolitische Maßnahmen, lässt Rewe auf Anfrage wissen. Derartige Eingriffe seien in der Regel marktverzerrend. Der Konsument habe sich in den vergangenen Jahren für Convenience entschieden. Es brauche halt auch Konsumenten, die mitmachen, sagt Wolfgang Sauer, der die Händler in der Kammer vertritt und selbst Kaufmann ist. Er habe stets beides beworben, die Akzeptanz für Mehrweg gebe es mittlerweile einfach nicht mehr.

Vöslauer-Chef Alfred H will das Verpackungsthema schönreden. „Die Industrie sieht hier was überlegen.“ Sinner als diese Bonus-Malus-De sei aber Ausbau des Recyc Reduzierung des Verpackungs wichts und Verlagerung der I tik auf die Bahn. Dass eine I wegflasche, wie von Vogel an ben, bis zu 40 Leben hat, be felt er. In der Praxis reduzie sich meist auf acht Umläufe

Bei Bier funktioniere es mi Mehrweg in Österreich auch dieser entgegen. Die nötige struktur fürs Pfandsystem se

Kommentar Se

derStandard.at/U

ABGABE FÜR EINWEGFLASCHEN

Komfort darf kosten

Günther Oswald

Komfortabler sind Einwegflaschen und Dosen auf alle Fälle. Wer schon mal für eine große Party eingekauft hat, wird die Vorteile des geringeren Gewichts zu schätzen wissen. Klar ist aber auch: Für die Umwelt sind diese Verpackungen schlechter. Die Aufregung über den Vorschlag einer Abgabe auf Wegwerfflaschen ist daher unbegründet. Vor allem Wirtschaftsvertreter müssen ökonomischen Argumenten gegenüber aufgeschlossen sein.

Worum geht es? Die Preise sollten sich an den realen Kosten orientieren. Mittlerweile herrscht in den Industriestaaten Konsens darüber, dass die Folgen für die Umwelt ebenso berücksichtigt werden sollten. Diese Kosten sind zwar nicht so einfach eruiierbar wie jene für Löhne oder Material, es gibt aber bereits zahlreiche Rechenmodelle dazu. Man kann also streiten, ob 20 Cent Aufschlag pro Flasche der richtige Wert sind. Die Forderung, dass es einen Aufschlag für Einwegflaschen und Dosen geben soll, ist aber nur recht und billig. Wieso allerdings jene Händler, die bereits jetzt verstärkt Mehrwegflaschen anbieten, einen Bonus bekommen sollen, ist nicht ganz nachvollziehbar.

Handelt es sich bei der Strafabgabe um eine neue Massensteuer? Das liegt ganz beim Konsumenten. Wer weniger zahlen will, muss nur zur Mehrwegflasche greifen. Wer die teureren Flaschen wählt, dem ist der Tragekomfort offenbar mehr wert als der Umweltschutz. Der Kunde hat also die freie Wahl – allerdings bei realistischen Preisen.